

Bündnis 90 / Die Grünen /GAL
im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung



28.02.2012

Änderungsantrag zur Vorlage

V/0941/2011

Altersarmut in Münster im Lichte des demografischen Wandels

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung möge beschließen:

- 1) Pkt. 1 wird wie folgt ergänzt (Änderungen unterstrichen):

Die Verwaltung wird beauftragt, die unter Ziffer 4.2 der Expertise (Anlage) vorgestellten Handlungsansätze nach Maßgabe der unter Ziffer 3 der Begründung skizzierten Eckpunkte auch unter Berücksichtigung geschlechts- und migrationsspezifischer Gesichtspunkte zu konkretisieren und auf ihre Umsetzungsmöglichkeiten hin zu prüfen.

- a) Dabei sind zum einen präventive Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut zu entwickeln und deren Ursachen entgegenzuwirken (insbesondere prekäre Erwerbsbiografien und prekäre Beschäftigungsverhältnisse).
- b) Zum anderen sind individuelle Hilfen und Strukturen vor allem zur Verbesserung bzw. Förderung
- gesellschaftlicher Teilhabe,
 - von Mobilität,
 - der Selbstbestimmung und sozialen Inklusion
 - Gesundheitsförderung, -prävention und ortsnaher Gesundheitsversorgung
 - Versorgungssicherheit bei Pflege und Unterstützungsbedarf,
 - von Wohnen,
 - sozialer Netze und Nachbarschaften
 - altersgerechter Quartiersentwicklung und
 - von Arbeit etc.

in den Blick zu nehmen.

- 2) Pkt. 2 wird wie folgt ergänzt (Änderungen unterstrichen):

Auf Grundlage der Prüfergebnisse entwickelt die Verwaltung unter Einbeziehung der Kommunalen Seniorenvertretung, des Integrationsrates und der örtlichen Netzwerke „Von Mensch zu Mensch“ Handlungsempfehlungen im Rahmen einer gesonderten Vorlage, die dem Rat und dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nach ausreichender Vorbereitung in den kommunalen Gremien einer BürgerInnenbeteiligung (z.B. Stadtteilkonferenzen) zur Entscheidung vorgelegt

werden. Diese Handlungsempfehlungen fließen in die Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes „Demografischer Wandel in Münster“ mit ein.

- 3) Die Ziffer II. wird gestrichen

Begründung:

Altersarmut ist eine Spätfolge prekärer Erwerbsbiographien und Beschäftigungsverhältnisse insbesondere bei Frauen und noch einmal im besonderen Maße bei Migrantinnen. Altersarmut ist zudem auch ein Ergebnis von Armut durch Langzeitarbeitslosigkeit und dauerhafter Abhängigkeit von Grundsicherung (SGB II). Dieses zeigt die vorgelegte Expertise auch deutlich auf.

Altersarmut ist ein individuelles wie auch gesellschaftliches Problem, was in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch drastisch zunehmen wird. Dieses muss auch in den Handlungsvorschlägen wie auch im Beschlussvorschlag seinen Niederschlag finden.

Es bedarf neben den Maßnahmen zur Sicherung der Teilhabe und die Verbesserung der Lebensumstände für ältere Menschen, die in Armut leben insbesondere auch Maßnahmen zur Vermeidung zukünftiger Altersarmut. Denn die Grundlagen und Ursachen für die Altersarmut der kommenden Jahrzehnte werden heute gelegt. Hierzu gehören die prekären Beschäftigungsverhältnissen, die dauerhaften geringfügigen Beschäftigungen ohne Sozialversicherungen sowie Beschäftigungsverhältnissen, von denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht leben können.

Von großer Bedeutung ist auch die Schaffung von Chancengleichheit für Alle im Bildungswesen und eine entsprechende Berufswegeplanung.

Die Bereiche, in denen es Verbesserungen für ältere Menschen geben sollte, die mit nur geringen Einkünften auskommen müssen und arm sind, müssen um wesentliche Bereiche erweitert werden. Hierzu gehören insbesondere die Aspekte, die auch besonders in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert sind, wie die Selbstbestimmung oder die das selbständige Leben auch bei Pflegebedürftigkeit sichern helfen (Versorgungssicherheit etc.).

Der Beschlusspunkt zu den finanziellen Auswirkungen sollte gestrichen werden, da ohne konkrete Handlungsempfehlungen keine seriöse Aussage darüber getroffen werden kann, ob alle Maßnahmen kostenneutral durchzuführen sind, oder ob es nicht doch notwendig ist zusätzliche Haushaltsmittel zur Vermeidung von Altersarmut bereitzustellen, um darüber auch weitaus höhere Folgekosten vermeiden zu können.

Harald Wölter
Petra Dieckmann
Otto Reiners
Brigitte Hasenjürgen
Birgit Edler
Dirk Guddorf
Didem Ozan
Jörg Rostek